



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

64. Sitzung (öffentlich)

14. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:45 Uhr bis 10:28 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe
(Bürokratieabbaugesetz OWL)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/4586, anzunehmen.

2 Betreuungsvereine fördern - ehrenamtliche Betreuung stärken 3

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4486

Vorlage 13/2581

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/4486, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

3 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege 4Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/4726

Die CDU-Fraktion beantragt die Durchführung einer Anhörung.

4 "Situation der forensischen Kliniken" 5

StS'in Prüfer-Storcks (MGSFF) gibt einen Sachstandsbericht ab und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt **Vorsitzender Bodo Champignon** an, diese Sitzung spätestens um 10:25 Uhr zu schließen, da um 10:30 Uhr die Anhörung des AGS zur Altenpflegeausbildung in einem anderen Sitzungssaal beginnen solle.

1 **Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Vorsitzender Bodo Champignon teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum am 21. November 2003 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie überwiesen worden. Da dieser in seiner Sitzung Anfang Februar abschließend beraten und abstimmen wolle, sei der AGS in seiner Sitzung am 7. Januar 2004 übereingekommen, bereits in seiner heutigen Sitzung abschließend zu beraten und ein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Rudolf Henke (CDU) erklärt, seine Fraktion könne dem Gesetzentwurf, der weitgehend den Wünschen der Region entspreche, nur dann zustimmen, wenn bei der Abstimmung § 3 Nr. 1 ausgeklammert werde, der sich mit der Zusammenlegung der staatlichen Umweltämter und der staatlichen Ämter für Arbeitsschutz befasse. Den Fehler des damaligen Umweltministers Matthiesen und des damaligen Arbeitsministers Heinemann, diese Ämter zu trennen, sollte man nicht revidieren, indem man für eine begrenzte Zeit ein staatliches Amt für Umwelt und Arbeitsschutz schaffe, denn das führe zu mehr und nicht zu weniger Bürokratie. Ein solcher Modellversuch sollte, wenn überhaupt, auf kommunaler Ebene stattfinden. Zudem interessiere, wer die Aufsicht über die neue Behörde haben werde.

Horst Vöge (SPD) signalisiert namens seiner Fraktion Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf: Trotz der Bedenken im Arbeitsschutzbereich der Region, über die man im Laufe des Verfahrens noch diskutieren werde, halte die SPD-Fraktion die Zusammenlegung der staatlichen Umweltämter und der staatlichen Ämter für Arbeitsschutz für den richtigen Ansatz.

Die OWL-Modellregion sei auf einem guten Weg, so **Ute Koczy (GRÜNE)**, und das Modellprojekt führe hoffentlich u. a. zu wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger. Wie üblich sollten Vorschläge zur Änderung eines Gesetzentwurfs, in diesem Fall u. a. vonseiten der Gewerkschaften und der Naturschutzverbände, im Gesamtzusammenhang untersucht und gegebenenfalls entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

AGS-Ausschuss

14.01.2004

64. Sitzung (öffentlich)

roe-beh

Staatssekretär Dr. Fischer (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit) unterstreicht die Bedeutung des Modellversuchs zur Verwaltungsvereinfachung in Ostwestfalen-Lippe, das neben Bremen und Schwerin zu den drei vom Bund ausgewählten Testgebieten für Bürokratieabbau gehöre und zusammen mit dem Bund und der Bertelsmann-Stiftung ein Konzept für die Auswahl von Modellregionen entwickeln solle, in denen Vorschriften befristet abgebaut werden könnten. Die Zusammenlegung von vier Ämtern auf der unteren staatlichen Verwaltungsebene trage zum Bürokratieabbau bei und schaffe nach dem Prinzip "one face to the customer" eine zentrale Anlaufstelle für Kunden und Wirtschaft, mit der sich Verfahren verkürzen und Entscheidungen beschleunigen ließen. Die Standorte der vier betroffenen Ämter - Detmold, Paderborn, Minden und Bielefeld - blieben erhalten und dienten der schnellen und kompetenten Beratung zum Umwelt- und zum Arbeitsschutz.

Die Fach- und Dienstaufsicht liege weiter bei der Bezirksregierung; auch das MUNLV und das MWA behielten ihre Zuständigkeiten.

Der Redner versichert, dass auch zukünftig geprüft werde, welche Aufgaben aus sachlichen Gründen auf die kommunale Ebene bzw. auf Dritte übertragen werden sollten.

Angelika Gemkow (CDU) möchte wissen, ob der Landesregierung das Eckpunktepapier der kommunalen Ebene mit dezidierten Vorschlägen für ein Modell auf kommunaler Ebene bekannt sei und welche Meinung sie dazu habe.

StS Dr. Fischer (MWA) betont, die Verlagerung von Aufgaben auf Kommunen bzw. Dritte bleibe Thema. Das angesprochene Papier sei erst am vorangegangenen Abend eingegangen und werde selbstverständlich noch geprüft. Ohne etwas vorwegnehmen zu wollen, weise er schon jetzt darauf hin, so der Staatssekretär, dass er es für fraglich halte, dem Vorschlag folgen zu können, alles unbesehen an die Kommunen weiterzugeben.

Rudolf Henke (CDU) beantragt, § 3 Nr. 1 aus der Abstimmung auszuklammern. Dann könne seine Fraktion den Gesetzentwurf zur Annahme empfehlen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag von Rudolf Henke (CDU), § 3 Nr. 1 aus der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung auszuklammern, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfiehlt der **Ausschuss** dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/4586, anzunehmen.